

Sitzungsniederschrift

16. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Sitzungsort: AWO Wohnpark Großefehn GmbH, Bahnhofplatz 5, 26629 Großefehn		
Sitzungsdatum: 29.07.2014	Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr	Sitzungsende: 18:05 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Kleinert, Ingeborg	SPD	
Mitglieder		
Albers, Angelika	GRÜNE	
Altmann, Gila	GRÜNE	
Biller, Anita	SPD	
Carow, Johanne	FW	
Dirksen, Dieter	CDU	Vertretung für Theo Frerichs
Forster, Hans	SPD	
Harms, Antje	SPD	Vertretung für Erwin Sell
Ihnen, Hermann	SPD	
Jelken, Friedhelm	CDU	Vertretung für Friederike Dirks
Kleen, Barbara	SPD	
Sievers, Wolfgang	FDP	
Wolters, Hayo	CDU	Vertreter für Roelf Odens
Grundmandat		
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	
Beratende Mitglieder		
Hülsebus, Dieter		
Verwaltung		
Christoffers, Dieter		Leiter des Sozialamtes

Heeren, Eimo Dr.	Leiter des Amtes für Gesundheitswesen
Jelden, Frauke	Gleichstellungsbeauftragte
Krabbe, Henni	Kreisrätin
Krantz-Rewerts, Silke	Stellvertretende Gleichstellungsbeauftragte
Schäfer, Marcel	Protokollführer
Seemann, Volker	Sachgebietsleiter

Nicht anwesend:

Mitglieder

Dirks, Friederike	CDU	Vertreter Friedhelm Jelken
Frerichs, Theo	CDU	Vertreter Dieter Dirksen
Odens, Roelf	CDU	Vertreter Hayo Wolters
Sell, Erwin	SPD	Vertreterin Antje Harms

Beratende Mitglieder

Borm, Hans-Joachim
Cordes, Andrea
Pieschke, Bärbel
Tobiassen, Bernd

Verwaltung

Müller, Michael	Stellvertretender Leiter des Sozialamtes
-----------------	--

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 21.05.2014 - öffentlicher Teil -
5. Bericht der Gleichstellungsbeauftragten zur geschlechtergerechten Personalentwicklung
6. Bericht des Amtsarztes über die Situation der Drogenabhängigen
7. Bericht des Amtsarztes über die ärztliche Versorgung der Migrantinnen und Migranten
8. Bericht über die Zuweisung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern
9. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen



10. Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die **Vorsitzende Kleinert** eröffnete die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung um 16:00 Uhr und begrüßte die Mitglieder des Ausschusses sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung sowie der Presse.

Insbesondere begrüßte sie Frau Schütte als stellvertretende Leiterin der AWO Wohnpark Großefehn GmbH als Gastgeberin. Diese begrüßte ihrerseits die Anwesenden und stellte kurz die Einrichtung vor.

Vorsitzende Kleinert bedankte sich bei Frau Schütte für deren Ausführungen, die freundliche Aufnahme und die Bewirtung.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die **Vorsitzende Kleinert** stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Abgeordnete Altmann verwies auf den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16.06.2014, mit dem begehrt wurde, den „Sachstandsbericht über die Festsetzung der angemessenen Kosten der Unterkunft“ in dem öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln. Auf diesen Antrag hatte Landrat Weber geantwortet, dass der Antrag nicht von dem Recht der Abgeordneten, in allen Angelegenheiten der Kommune vom Hauptverwaltungsbeamten Auskünfte zu verlangen, gedeckt ist, da dieser keine konkreten Fragen enthielt. Die Argumentation sei für sie grundsätzlich nachvollziehbar, aber nur dann, wenn der Tagesordnungspunkt auch auf der Tagesordnung stehe, da nur dann ein Austausch in Form eines Dialoges zustande kommen könne.

Kreisrätin Krabbe verwies auf die Sitzung vom 27.03.2014, wonach der Tagesordnungspunkt „Sachstandsbericht über die Festsetzung der angemessenen Kosten der Unterkunft“ abgeschlossen sei, da im nicht öffentlichen Teil dieser Sitzung eine umfassende Aufklärung über dieses Thema erfolgt sei. Die Niederschrift hierüber sei in der letzten Sitzung am 21.05.2014 einstimmig genehmigt worden.

Abgeordneter Forster ergänzte, dass offene Fragen an die Verwaltung gestellt werden sollten. Abschließend stellte **Kreisrätin Krabbe** anheim, einen formalen Antrag mit konkreten Fragen für die nächste Sitzung einzureichen, was durch die **Vorsitzende Kleinert** unterstützt wurde.

Diese lies sodann über die Feststellung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung abstimmen.



Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

➡ **einstimmig beschlossen**

TOP 4 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 21.05.2014 - öffentlicher Teil -**

Die Niederschrift vom 21.05.2014 - öffentlicher Teil - wurde einstimmig, bei vier Enthaltungen wegen Nichtteilnahme, genehmigt:

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 4

➡ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 **Bericht der Gleichstellungsbeauftragten zur geschlechtergerechten Personalentwicklung**

Gleichstellungsbeauftragte Jelden wies zunächst darauf hin, dass Kreisoberamtsrat (KOAR) Kruse, Leiter Personalwesen, in der 23. Sitzung des Personalausschusses vom 24.04.2014 ausführlich über die Personalentwicklung berichtet hatte und die Ergebnisse im Protokoll der Sitzung nachzulesen seien.

Sie wies zunächst darauf hin, dass sie sich bei ihrem Vortrag auf die Aspekte Arbeitszeit, Arbeitsorganisation, Arbeitsort, Informations- und Kommunikationspolitik, Führungskompetenz, Personalentwicklung, Entgeltbestandteile und geldwerte Leistungen sowie Service für Familien konzentrieren würde.

Der Landkreis Aurich biete das Modell der Gleitzeit an, das sich sehr bewährt habe und von allen Seiten akzeptiert werde. Anträge auf Teilzeit würden in der Regel genehmigt. Um den Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und denen des Arbeitgebers gerecht zu werden, würden Teilzeitmodelle in „Zehnerschritten“ angeboten werden, und zwar in Form von 10 Stunden, 20 Stunden und 30 Stunden Arbeitszeit in der Woche. Mittlerweile gäbe es das Problem, dass die Vormittage überbesetzt seien, nachmittags aber nur eine knappe Besetzung den Dienstbetrieb aufrecht erhalte.

Beim sogenannten Jobsharing gäbe es beim Landkreis Aurich seit einigen Wochen die ersten Beispiele. In zwei Fällen teilen sich jeweils zwei Frauen eine Stelle und müssten die Besetzung untereinander abklären. Auf Nachfrage der **Abgeordneten Albers** erläuterte **Gleichstellungsbeauftragte Jelden**, dass es sich um Stellen des gehobenen Verwaltungsdienstes handele, jedoch keine Führungsposition.

Auf Anfrage des **Abgeordneten Forster** erklärte **Gleichstellungsbeauftragte Jelden**, dass es möglich sei, einen Pool aus 6 bis 8 Frauen zu bilden, die an dem Jobsharing-Modell teilnehmen könnten. Die Nachfrage der **Abgeordneten Altmann**, ob sich die Aktivitäten der Gleichstellungsbeauftragten nur auf Frauen beziehe, wird von der **Gleichstellungsbeauftragten Jelden** bejaht, wobei sie darauf hinwies, auch Männer

aktivieren zu wollen. Hierzu verwies sie auf die Vätermomente der Elternzeit, wo es wünschenswert wäre, wenn diese erhöht würden. Dies sei noch ein langer Weg bemerkte **Vorsitzende Kleinert**.

Den größten Diskussionsprozess bilde derzeit der Arbeitsort. Die Arbeitsgruppe Personalentwicklung beschäftige sich mit der Einführung von Telearbeit. Dadurch solle Beschäftigten, die Personen im Haushalt zu pflegen hätten oder gesundheitlich eingeschränkt seien, die Möglichkeit für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Pflege gegeben werden. Geplant sei, dass die Hälfte der Arbeitszeit in der Behörde und die andere Hälfte zu Hause verbracht werde, damit die Integration in den Betrieb nicht leide.

Abgeordneter Forster wies darauf hin, dass die Telearbeitsplätze auf ihre grundsätzliche Eignung zu überprüfen seien. **Abgeordnete Altmann** begrüßte die Telearbeit, brachte aber auch die damit verbundenen Risiken, wie Selbstausbeutung, Rechtfertigungsdruck oder fehlende soziale Kontakte in Erinnerung. Die Entscheidungskompetenz über Anträge auf Leistung von Telearbeit und die Einrichtung des Telearbeitsplatzes wurden durch die **Abgeordnete Harms** hinterfragt.

Gleichstellungsbeauftragte Jelden sagte zu, dass diese Probleme im Vorfeld beraten und geklärt würden.

Weiter führte **Gleichstellungsbeauftragte Jelden** aus, dass das Büro der Gleichstellungsbeauftragten als Ansprechpartner für Fragen rund um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie rund um das Thema Pflege die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Senioren- und Pflegestützpunktes Niedersachsen zur Verfügung stünden.

Zum Punkt Führungskompetenz berichtete sie, dass im vergangenen Jahr die Dezenturin und die Dezenten sowie die Amtsleiterinnen und Amtsleiter die Fortbildung „Gleichstellung in der Kommune“ besucht hätten und es im Bereich der Personalentwicklung gelungen sei, dass drei Mitarbeiterinnen, die sich derzeit in Elternzeit befänden, die Seminarreihe „Erfolgreich führen“ besucht hätten.

Eine finanzielle Unterstützung für Beschäftigte mit Familie, beispielsweise durch Zuschüsse zur Kinderbetreuung, käme für den Landkreis Aurich nicht in Frage, da die Tarifbindung dem entgegenstehe. Jedoch sei der Landkreis Aurich Mitglied in der „Wachstumsregion Ems-Achse e. V.“, die eine Notfallbetreuung für Kinder anbiete.

Letztlich führte **Gleichstellungsbeauftragte Jelden** aus, dass am gesellschaftlichen Rollenbild gearbeitet werden müsste und auch Männer sowohl an der Erziehung von Kindern als auch an der Pflege von Angehörigen beteiligt werden müssten. Als kontraproduktiv erweise sich das Ehegattensplitting, das die Haushalte begünstige, wo Paare unterschiedlich viel verdienen. Durch die hohe Steuerlast in der Lohnsteuerklasse V würde eine Erhöhung der Arbeitszeit zu keinen im gleichen Maße steigenden Verdienst führen.

Auf Nachfrage der **Abgeordneten Albers** erläuterte **Gleichstellungsbeauftragte Jelden**, dass der Aufwand für ein Audit-Zertifikat „Familienfreundlicher Arbeitgeber“ sehr hoch sei. Neben den zu erfüllenden Kriterien würde eine Erstzertifizierung etwa 10.000,00 € kosten. Diese sei dann für zwei Jahre gültig und müsse dann für einen Betrag in Höhe von etwa 6.000,00 € bis 8.000,00 € verlängert werden.

Vorsitzende Kleinert schlug abschließend vor, in einer der nächsten Sitzungen über die verschiedenen Zertifizierungsmöglichkeiten berichten zu lassen und schloss den Tagesordnungspunkt mit Dank an Gleichstellungsbeauftragte Jelden für deren Vortrag.

TOP 6 **Bericht des Amtsarztes über die Situation der Drogenabhängigen**

Leitender Medizinaldirektor Dr. Heeren erläuterte zunächst, dass im Altkreis Aurich die Situation der Drogenabhängigen stabil sei, da hier durch zwei Ärzte die Versorgung sichergestellt sei. In Emden würde ein Arzt ebenfalls für solide Zustände sorgen.

In Norden befänden sich derzeit etwa 80 Abhängige, die täglich mit der Bahn nach Leer fahren müssten, um dort ein Methadonrezept zu erhalten. Dieses werde dann in Norden in einer Apotheke eingelöst und das Methadon im Beisein der Apothekerin bzw. des Apothekers eingenommen. Dies gelte für den Großteil der Abhängigen, die auch am Wochenende nach Leer fahren müssten. Einige wenige erhielten auch eine Dosis für zu Hause. Die Fahrt nach Leer würde zu einem Austausch der Abhängigen untereinander über die verschiedenen Mixturen führen.

Auf Nachfrage der **Vorsitzenden Kleinert** erklärte **Leitender Medizinaldirektor Dr. Heeren**, dass der früher gefasste Lösungsvorschlag mit Dr. Egbert Held, Ärztlicher Direktor der Ubbo-Emmius-Klinik gGmbH, diskutiert würde, beide jedoch unterschiedlicher Auffassung hinsichtlich des Ortes der Ausgabe von Methadon seien. So halte Dr. Held die Ubbo-Emmius-Klinik gGmbH für den idealen Standort, **Leitender Medizinaldirektor Dr. Heeren** hingegen plädiere für eine Ausgabe in Containern nach einem Vorbild der niederländischen Stadt Groningen, wo dieses Modell erfolgreich angewandt würde. Den Abhängigen würde dort einmal täglich zu einer bestimmten Tageszeit das Methadon ausgegeben. Ein solcher Container sollte in Norden aufgestellt werden und auch am Wochenende erreichbar sein.

Abgeordneter Sievers verlies die Sitzung um 17:00 Uhr.

Abgeordneter Forster stellte fest, dass schnell etwas passieren müsse. **Abgeordnete Altmann** ergänzte, dass das Verfahren beschleunigt werden müsse und noch im Sommer Sondierungsgespräche stattfinden sollten.

Einstimmig sprach sich der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung sodann dafür aus, dass Landrat Weber, Bürgermeisterin Schlag (Norden), Leitender Medizinaldirektor Dr. Heeren und Dr. Held in einem gemeinsamen Treffen eine Lösung finden sollten.

TOP 7 **Bericht des Amtsarztes über die ärztliche Versorgung der Migrantinnen und Migranten**

Leitender Medizinaldirektor Dr. Heeren berichtete von einem konstanten Zustrom von Flüchtlingen insbesondere aus Eritrea und Somalia, die über teilweise verworrene Wege hierher kämen.

Die Unterbringung dieser Flüchtlinge bezeichnete er als menschenunwürdig. So habe er Unterkünfte besucht, in denen 24 Personen in drei Zimmern untergebracht seien, sich eine ungesicherte Waschmaschine in einem Nebengebäude befunden habe und



sich die Flüchtlinge einen Elektrokoher mit zwei Platten teilen müssten. **Leitender Medizinaldirektor Dr. Heeren** verwies auf den Brand in Papenburg, bei dem zwei rumänische Hilfsarbeiter ums Leben kamen. Er wünschte sich für die Flüchtlingsunterkünfte eine Task-Force.

Vorsitzende Kleinert verwies auf die Kontrollen durch das Sozialamt. **KOAR Christoffers** wies den Vorwurf der menschenwürdigen Unterbringung zurück. Es hätten sich Flüchtlingskreise gebildet, mit denen ein Mindeststandard für die Unterkünfte erarbeitet würde. Jede Wohnung würde vor einer Anmietung durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialamtes besichtigt. Bei einem schlechten Zustand würde eine Anmietung nicht erfolgen. Auch seien in dem durch **Leitenden Medizinaldirektor Dr. Heeren** konkret genannten Fall mehrere Waschmaschinen vorhanden gewesen. Ein Defekt sei bei einem Hausbesuch ebenfalls nicht feststellbar gewesen. Da dieser Vorfall bereits im Oktober 2013 gewesen sei, zeigte sich **KOAR Christoffers** von den Vorwürfen überrascht.

Leitender Medizinaldirektor Dr. Heeren erklärte, dass er abends dort gewesen sei und das defekte Kabel gemeldet habe, eventuell sei dieses dann repariert worden. Weiter führte er aus, dass ein Mindeststandard geschaffen werden müsste, es gäbe kein Kehrblech und ähnliche Dinge. Bei 20 Personen sei zudem ein Feuerlöscher notwendig. **Vorsitzende Kleinert** verwies nochmals auf die dementsprechende Zusammenarbeit der Asylkreise mit dem Sozialamt.

Beratendes Mitglied Hülsebus regte an, planerisch zu handeln, um auf den Zuzug adäquat reagieren zu können. **Abgeordnete Albers** zeigte sich entrüstet und forderte Kontrollen durch den Landkreis Aurich und eine Richtlinie für die Wohnungsausstattung. Sie bat **Vorsitzende Kleinert** noch im Sommer den „Runden Tisch für Migrationsfragen“ einzuberufen.

Vorsitzende Kleinert verwies auf das wenige Personal im Sozialamt. Es sollte die Möglichkeit geprüft werden, ob mehr Kontrollen möglich seien. **Abgeordnete Altmann** forderte, die Gegenleistung für die Mietzahlungen zu prüfen.

Leitender Medizinaldirektor Dr. Heeren erklärte weiter, dass Flüchtlinge größtenteils nicht untersucht würden. Das Amt für Gesundheitswesen biete daher neuerdings eine Blutuntersuchung an. Kürzlich seien vier Somalier zur Behandlung nach Hamburg gebracht worden. Es würden künftig mehr Menschen hierher kommen, die krank seien. Auf Nachfrage des **Abgeordneten Forster** berichtete **Leitender Medizinaldirektor Dr. Heeren**, dass die Untersuchung in Friedland durchgeführt werden müsse, dies aber nicht geschehe.

Ein weiteres Problem stellten alleinstehende Kinder dar, die vermehrt hier auftauchen. Diese würden zu ihrer Herkunft oder Familie schweigen. Eine Unterbringung dieser Kinder erfolge zunächst im Haus Nazareth in Norddeich. In diesem Zusammenhang regte **Leitender Medizinaldirektor Dr. Heeren** an, in den Sommermonaten einen Intensivsprachkurs durchzuführen, da diese Kinder schulpflichtig seien und nach den Sommerferien ohne Deutschkenntnisse die Schule besuchen müssten. **KOAR Christoffers** wies darauf hin, dass es sich um minderjährige Kinder handle und daher die Zuständigkeit des Amtes für Kinder, Jugend und Familie gegeben sei.

Auf Nachfrage der **Abgeordneten Altmann** erklärte **Leitender Medizinaldirektor Dr. Heeren**, dass die Hauptpunkte des sozialpsychiatrischen Plans stehen würden. Die Mitarbeiterin, die sich hauptsächlich mit diesem Plan befasse, befände sich derzeit in



Elternzeit und würde im Oktober 2014 zurückkehren. Der Landkreis Aurich sei im psychiatrischen Bereich nur zu 50 % versorgt.

TOP 8 **Bericht über die Zuweisung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern**

KOAR Christoffers schilderte die Anfänge der Zuweisungen im Juni 2013. Seinerzeit befanden sich im Kreisgebiet 323 Asylbewerberinnen und Asylbewerber. Im Dezember 2013 waren es bereits 608 und im Juni 2014 insgesamt 765 Personen.

Problemlos sei es, Familien unterzubringen, da hierfür Häuser angemietet werden könnten. Bei Einzelzuweisungen hingegen gäbe es Probleme mit der Unterbringung. Derzeit könne das Sozialamt nur auf einen einzelnen Vermieter zurückgreifen, der Wohnraum für diese Einzelpersonen schaffe. Diese wären zwar durchaus einfach gestrickt, aber keinesfalls menschenunwürdig. Bei Problemen würde das Sozialamt Kontakt zu diesem Vermieter aufnehmen und die Probleme würden behoben werden.

Generell gäbe es Probleme für die Asylbewerberinnen und Asylbewerber in der Bundesrepublik Deutschland mit modernen technischen Geräten umzugehen. Hierdurch würden oftmals unnötige Reparaturen anfallen, die auf eine falsche Bedienung zurückzuführen seien. Gleichfalls würden hochwertige Handys angeschafft, die zu Forderungen von Inkassounternehmen führten, die ihrerseits an den Landkreis Aurich heranträten.

Bezogen auf die aktuelle Zuweisungsquote führte **KOAR Christoffers** aus, dass der Landkreis Aurich ursprünglich für den Zeitraum vom 12.09.2013 bis zum 11.09.2014 insgesamt 485 Personen aufnehmen sollte. Bis zum 06.06.2014 wurden bereits 442 Personen zugewiesen. Diese Quote wurde ab dem 07.06.2014 mit zusätzlich 388 Personen neu festgesetzt. Hinzu kämen auch noch die 43 Personen, die bislang nicht zugewiesen wurden (485 abzüglich 442). Der Landkreis Aurich müsse im Zeitraum 07.06.2014 bis zum 06.06.2015 also noch 431 Personen aufnehmen. Seit dem 07.06.2014 bis zum heutigen Tage seien dem Landkreis Aurich 94 Asylbewerberinnen und Asylbewerber zugewiesen worden.

Zum Verfahren der Wohnungsanmietung führte **KOAR Christoffers** aus, dass das Sozialamt angebotene Wohnungen besichtige und bei einem guten Zustand das zuständige Bundesamt in Braunschweig über den Wohnraum informiere. Von dort würden dann Personen zugewiesen, worüber die Asylkreise vor Ort in Kenntnis gesetzt würden. Die Betreuung durch die Asylkreise laufe gut, eventuelle Mängel versuche man zu beseitigen. Die Situation, die **Leitender Medizinaldirektor Dr. Heeren** beschrieben habe, wäre ein Einzelfall und keinesfalls allgemeingültig.

Abgeordneter Forster bekräftigte nochmals die gute Zusammenarbeit zwischen den Asylkreisen und dem Sozialamt.

Auf Nachfrage der **Abgeordneten Altmann** erklärte **KOAR Christoffers**, dass das Sozialamt versuche, die Flüchtlinge nach ihren Nationalitäten unterzubringen, es jedoch auch innerhalb von Nationalitäten zu Rivalitäten kommen könne. Weiter führte er aus, dass derzeit Personen dem Landkreis Aurich zugewiesen würden, die einen Asylantrag gestellt haben. Hinzu kämen ehemalige bzw. abgelehnte Asylbewerberinnen und Asylbewerber, die ursprünglich dem Landkreis Aurich zugewiesen waren und

nach einer Ausreise oder Rückführung in ihr Heimatland wieder in die Bundesrepublik Deutschland eingereist seien.

Auf Nachfrage des **Abgeordneten Forster** erklärte **Sachgebietsleiter Seemann**, dass dem Landkreis Aurich verschiedene Kontingentflüchtlinge zugewiesen würden. Diese würden durch das Jobcenter des Landkreises Aurich Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) erhalten. Es gäbe aber auch Asylbewerberinnen und Asylbewerber aus Syrien, die nicht als Kontingentflüchtlinge einreisen würden. Diese würden Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) erhalten und durch das Sozialamt betreut.

Vorsitzende Kleinert bedankte sich für die Ausführungen und schloss den Tagesordnungspunkt.

TOP 9 **Verschiedenes, Wünsche, Anregungen**

Gleichstellungsbeauftragte Jelden erklärte, dass für das Jahr 2015 eine Neuauflage des Seminars „Frauen in die Kommunalpolitik“ geplant sei.

Abgeordnete Albers sprach sich dafür aus, dass der „Runde Tisch für Migrationsfragen“ schnellstmöglich einberufen werde und dass eine fraktionsübergreifende Resolution für die Flüchtlingsproblematik entwickelt wird.

Auf Nachfrage der **Grundmandatsträgerin Seelgen** erklärte **Gleichstellungsbeauftragte Jelden**, dass der Landkreis Aurich die gesetzliche Beschäftigungsquote in Bezug auf schwerbehinderte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erfülle.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

TOP 10 **Schließung der Sitzung**

Vorsitzende Kleinert schloss den öffentlichen Teil der Sitzung um 17:54 Uhr.

Beratendes Mitglied Hülsebus verlies die Sitzung um 17:54 Uhr.

gez. Kleinert
Vorsitzende

gez. Schäfer
Protokollführer